

Strompreis fast verzehnfacht – Diese Kurve ist Vorbote der nächsten Mega-Krise

Welt, 14.08.2022, Daniel Wetzel

https://www.welt.de/wirtschaft/plus240458485/Strompreis-fuer-Lieferung-2023-fast-verzehnfacht-Stromkrise-droht.html?sc_src=email_2705707&sc_lid=268808559&sc_uid=6wM2XuDJCM&sc_llid=4899&sc_cid=2705707&cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft&sc_eh=6aebdc2892a6c0c21

Eigentlich sollten zusätzlich angefahrne Kohlekraftwerke helfen, Erdgas einzusparen. Doch die Politik verzögert den Einsatz der dringend benötigten Anlagen – mit dramatischen Folgen: Aus der Gaskrise entwickelt sich eine Stromkrise ungeahnten Ausmaßes.

Wenn Werner Marnette (CDU) dieser Tage durch Hamburg radelt, lässt ihn Zorn über die Energiepolitik heftig in die Pedale treten: „Ich erwäge Strafanzeige gegen Bundeskanzler Scholz und Wirtschaftsminister Habeck.“ Marnette, einst Wirtschaftsminister Schleswig-Holsteins, dann Manager und Unternehmensberater, treibt eine Frage um, die gerade vielen Beobachtern des Energiemarktes ein Rätsel ist: „Wo bleibt die Kohle?“

Die Frage ist berechtigt. Obwohl früh nach Kriegsbeginn in der Ukraine klar war, dass die Kürzung russischer Gaslieferungen Deutschland in die Bredouille bringen würde, haderte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) monatelang mit den klimapolitischen Empfindlichkeiten seiner Partei. Erst im Juli schuf er mit dem „Ersatzkraftwerkebereithaltungsgesetz“ die Voraussetzung dafür, die Gasverschwendung in der Stromproduktion zu verringern.

Seither dürfen Kohle- und Ölkessel wieder zurück an den Strommarkt, zumindest jene Anlagen, die sich in der sogenannten Netzreserve befinden. Nur: Bislang macht kaum ein Kraftwerksbetreiber von dieser lukrativen Möglichkeit Gebrauch.

Lediglich ein einziges Kohlekraftwerk im niedersächsischen Mehrum ging bislang ans Netz. Eigentümer der Anlage ist der tschechische Milliardär Daniel Kretinsky. Der hatte auch die ostdeutsche Braunkohleindustrie von Vattenfall übernommen und war deshalb von Klimaschützern als „Ewiggestriger“ verhöhnt worden. Jetzt, wo die Strompreise in die Höhe schießen, betreibt der Kohleinvestor mit seinen deutschen Anlagen wahre Gelddruckmaschinen – und schützt zugleich die Verbraucher ein Stück weit vor der absehbar schlimmsten Energie- und Wirtschaftskrise in der Geschichte der Bundesrepublik.

Dass weitere Kraftwerksbetreiber dem Beispiel Kretinskys bislang nicht gefolgt sind, hat auch mit politischen Vorgaben zu tun. Wohl um der klimapolitisch ungeliebten Kohlewirtschaft keine Geschenke zu machen, wurde die Erlaubnis zur Kohleverstromung vom Habeck-Ministerium befristet und an strenge Bedingungen geknüpft. Die verhindern nun den Schnellstart der Kohleverstromung in einer Zeit, in der es nach Habecks Worten „auf jede Kilowattstunde ankommt.“

Welche Folgen die verspätete Kohle-Reaktivierung für den Verbraucher und die Füllstände der Gasspeicher hat, kann Regierungskritiker Marnette relativ genau abschätzen. Denn als Vorstandschef der heute unter Aurubis firmierenden Kupferhütte war er einst für Hamburgs größten Stromverbraucher verantwortlich. Seine Erfahrung im Kampf mit Energieversorgern und Politikern machte ihn zum gesuchten Berater.

Heute fuchst es Marnette, dass die Gasverstromung über den Sommer hinweg nicht zurückgefahren wurde, sondern im Gegenteil neue Rekordwerte erreichte. Im Mai und Juli wurde in Deutschland mehr Gas zur Stromerzeugung verbrannt als in den Jahren zuvor, obwohl Kohlekraft bereitstand. „Wie will man dem Bürger denn erklären, er soll sparen oder frieren, wenn zugleich Milliarden Kubikmeter des wertvollen Rohstoffs völlig unnötig verfeuert werden“, fragt Marnette: „Die Fortsetzung der vermeidbaren Verstromung von Erdgas auf hohem Niveau ist verantwortungslos, wenn nicht sogar strafbar.“

Viele in der Industrie teilen die Ausgangsthese. „Wir müssen feststellen, dass die Stromerzeugung aus Gaskraftwerken seit Beginn der Ukraine-Krise kaum zurückgegangen ist“, zitierte das „Handelsblatt“ Christof Bauer, Vorsitzender des Energieausschusses im Verband der Chemischen Industrie (VCI). Dabei hätte man mit Kohlekraft „schnell Entlastung schaffen können“.

Am Strommarkt droht eine Preisexplosion

Das verzögerte Kohle-Comeback trägt zu einer neuen Krise bei, die nur noch nicht richtig wahrgenommen wird. Denn während die Öffentlichkeit den Gasmarkt im Blick hat und sich vor Kälte und Heizkosten gruselt, braut sich eine ungute Gemengelage auch am Strommarkt zusammen. Das Geschehen dort lässt professionelle Marktbeobachter erbleichen. „Schauen Sie nicht nach oben“, warnte etwa Javier Blas, Experte der Agentur Bloomberg. „Wenn Sie es doch tun, kann Ihnen der europäische Strommarkt eine höllische Angst einjagen.“

Was Blas meint: Nur wer den Kopf weit in den Nacken legt, kann in der Ferne noch die Spitze der Strompreiskurve sehen, die sich in den letzten Wochen in ungeahnte Höhen geschraubt hat. Am Terminmarkt wird Strom zur Lieferung 2023 schon zu 450 Euro pro Megawattstunde gehandelt – fast eine Verzehnfachung des früheren Niveaus. „Der Preisanstieg ist wirklich atemberaubend“, sagt Lion Hirth, Energieexperte der Hertie School: „Das gab es in der Geschichte des Strommarkts noch nie.“

Ein Teil der Preiserhöhung ist durch den reparaturbedingten Ausfall vieler französischer Atomkraftwerke zu erklären, der sich noch länger hinziehen dürfte. Wie lange genau die Preise in dieser schwindelerregenden Höhe bleiben, kann derzeit aber niemand sagen. Sicher ist nur: Die geplante Abschaltung deutscher Atomkraftwerke und das Nicht-Anschalten der Kohlemeiler wirken preistreibend. Blicke der Großhandelsmarkt auf diesem Niveau, könnte sich der Endpreis für die Verbraucher von derzeit rund 35 Cent theoretisch in nicht allzu langer Zeit in Richtung ein Euro pro Kilowattstunde bewegen.

„Es ist möglich, dass wir in Deutschland vor einer Gasknappheit noch eine Stromknappheit bekommen könnten“, sagt Energieexperte Alexander Weiss, Senior Partner der Unternehmensberatung McKinsey.

„Dass die Bundesregierung den Einsatz von Kohlekraftwerken vor diesem Hintergrund nicht mit mehr Dringlichkeit betreibt, verwundert“, sagt Holger Lösch, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). Tatsächlich würden unnötige Regularien das Wiederauffahren der Kraftwerke massiv verzögern.

So macht es der Gesetzgeber etwa zur Auflage, neben den Kraftwerken einen Kohlevorrat aufzuschütten, der für 30 Tage durchgehenden Betrieb auf maximaler Leistung reicht. Die Kosten sind hoch, wie das Beispiel des Essener Unternehmens Steag zeigt, das mit 2,3 Gigawatt eine erhebliche Menge Kohlekraft zurück an den Markt bringen will.

Nur: Zum Stichtag 1. November muss die Steag erst einmal 700.000 Tonnen Steinkohle beschaffen. Beim aktuellen Weltmarktpreis von 342 Euro pro Tonne kostet das 240 Millionen Euro – eine Summe, höher als der operative Gewinn des letzten Jahres. Doch ob die Kohle auch verfeuert werden kann, weiß die Steag nicht. Die Erlaubnis zur Kohleverfeuerung endet laut Verordnung schon am 30. April 2023. Wird die „Alarmstufe“ des Gasnotfallplans zurückgenommen, erlischt die Erlaubnis zur Kohleverstromung. Die Kraftwerker, gerufen in der Not, würden auf ihren teuren Brennstoffhalden sitzen bleiben.

Mit dem Anhäufen übergroßer Kohlehalden ist schon die Logistik überfordert. Denn Deutschlands eigene Steinkohleförderung wurde Ende 2018 beendet, und seit Donnerstag vergangener Woche verhindert das EU-Embargo auch jeglichen Kohleimport aus Russland. Folge: Verfügbar ist der schwarze Energieträger jetzt ausschließlich in den sogenannten ARA-Häfen Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen – und muss von dort den Rhein hinauf geschippert werden. Der aber hat wegen anhaltender Trockenheit Niedrigwasser, die Lastkähne, die es noch gibt, können, wenn überhaupt, nur mit halber Ladung fahren.

Braunkohlekraftwerke gelten als letzte Alternative

Der Braunkohle, die bei Grünen und Klimaschützern wegen ihres hohen CO₂-Gehalts besonders unbeliebt ist, legt die Bundesregierung noch mal Extrahürden in den Weg. Dabei hätten Braunkohle-Kraftwerke von der Lausitzer Leag im brandenburgischen Jänschwalde große Vorteile: Anders als Steinkohlekraftwerke müssen sie ihr Kühlwasser nicht aus überhitzten Flüssen ziehen. Auch überfordern sie nicht die Transportlogistik von Bahn und Binnenschiff, weil ihr Brennstoff direkt aus dem Tagebau nebenan kommt.

Doch Habecks Kohleverordnung bestimmt, dass Braunkohle-Kraftwerke erst dann zum Einsatz kommen dürfen, wenn die Steinkohlekraftwerke nicht mehr ausreichen, um die Nachfrage zu decken. Obwohl die Betreiber Leag und die rheinische RWE bereits damit begonnen haben, Hunderte Mitarbeiter aus dem Vorruhestand zu holen, werden sie im Unklaren darüber gelassen, ob und wann die Kraftwerke überhaupt wieder produzieren dürfen.